

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES
Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung
Band: - (2002)
Heft: 4: Wasserzinse unter Druck

Artikel: Chronologie eines angekündigten Debakels
Autor: Braunwalder, Armin
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-586981>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Das Nein der NidwaldnerInnen setzte den endgültigen Schlusspunkt zum jahrzehntelangen Nagra-Debakel.

Kein Atommüll im Wellenberg

Chronologie eines angekündigten Debakels

Nach dem deutlichen Nein zu einem Sondierstollen im Wellenberg übt sich die Politik wieder einmal im Schwarzpeter-Spiel. Schuld an diesem Fiasko für die Atompolitik seien die «Atomgegner». Eine Chronologie der Ereignisse zeigt, wie es zum Debakel am Wellenberg gekommen ist.

Von Armin Braunwalder,
SES-Geschäftsleiter

25. Juni 1995: Die Nidwaldner Bevölkerung lehnt die Konzessionsgesuche der Nagra für den Bau eines Sondierstollens und eines Atommüll-Endlagers im Wellenberg mit rund 52 % Nein-Stimmen ab. Fünf Jahre zuvor stimmte das Schweizer Volk mit grossem Mehr der Atom-Moratoriumsinitiative zu, die von den Gegnern als «Einstieg in den Ausstieg» bezeichnet wurde. Die SES stellt fest, dass das Entsorgungskonzept der Nagra gescheitert ist, und fordert, dass das Entsorgungsproblem jetzt an der Wurzel gepackt werden müsse: Die Abfall vermehrende Wiederaufarbeitung sei sofort zu stoppen. Für die bestehenden AKW müssten Stilllegungspläne erarbeitet werden, um die Produktion von radioaktiven Abfällen zu begrenzen. Die Nagra müsse nun die Prinzipien der Rückholbarkeit und der dauernden Kontrollierbarkeit zu Hauptkriterien für ein Langzeitlager machen. In ihrer Medienmitteilung schreibt die SES: «Wir warnen schon jetzt vor der Missachtung des Willens des Nidwaldner Volkes.»

12. März 1997: Unter der Leitung des Bundesamtes für Energiewirtschaft

(BEW) wird der «Politische Steuerungsausschuss Wellenberg» eingesetzt. Präsiert wird dieses Gremium vom damaligen BEW-Direktor Eduard Kiener. Mitglied dieses Steuerungsausschusses ist auch der damalige Direktor der Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen (HSK), Serge Prêtre. Ziel dieses Steuerungsausschusses ist es, eine zweite Volksabstimmung in Nidwalden vorzubereiten. Gleichzeitig nimmt unter der Leitung von BEW-Sektionschef Beat Wieland die «Technische Arbeitsgruppe Wellenberg» ihre Arbeit auf. Die SES verurteilt die «politische Steuerung des Nidwaldner Volkes» als skandalös und warnt: «Das Beharren auf dem Standort Wellenberg führt direkt in eine Sackgasse.»

26. September 1997: Bundesrat Moritz Leuenberger lanciert den Energie-Dialog «Radioaktive Abfälle». Den Vorsitz hat der Sozialethiker Prof. Dr. Hans Ruh, Sozialethiker. Die Hauptforderung der beteiligten Umweltorganisationen (SES, Greenpeace, MNA) lautet: «Basierend auf den offiziell anerkannten Prinzipien «vermeiden und vermindern von Abfällen» ist die Erarbeitung eines neuen Entsorgungskonzeptes für die radioaktiven Abfälle zwingend.» Die Um-

weltorganisationen fordern im Energie-Dialog, dass die Konzeptidee der kontrollierbaren und rückholbaren Langzeitlagerung auf den gleichen Planungsstand gebracht werden muss wie das gescheiterte Nagra-Endlagerkonzept – unabhängig vom Standort Wellenberg.

17. September 1998: Der «Politische Steuerungsausschuss Wellenberg» und die «Technische Arbeitsgruppe Wellenberg» präsentieren zwei Berichte. Ein verbessertes Lagerkonzept werde der Forderung nach erleichterter Rückholbarkeit und Kontrollierbarkeit gerecht. Die Verbesserung besteht darin, dass der Zugangstollen zum Atommüll-Endlager rund 100 Jahre offengehalten werden soll. BFE-Direktor Eduard Kiener betont den volkswirtschaftlichen Nutzen: Das Atommülllager bringe der Region während 40 Jahren jährlich 23 Millionen Franken und 130 Jobs.

Juni 1999: Bundesrat Moritz Leuenberger setzt die Expertengruppe Entsorgungskonzepte für radioaktive Abfälle (EKRA) ein. Den Vorsitz hat der Genfer Geologieprofessor Walter Wildi.

7. Februar 2000: Die EKRA präsentiert mit ihrem Schlussbericht die Konzeptskizze der kontrollierten geologischen Langzeitlagerung (KGL). Diese soll am Wellenberg «standortspezifisch» weiterentwickelt werden. Voraussetzung sei der Bau eines Sondierstollens. Die am Energie-Dialog beteiligten Umweltorganisationen (SES, Greenpeace, MNA)

würdigen den Beitrag der EKRA als wertvollen Zwischenbericht. Die Konzeptdiskussion müsse jedoch – standortunabhängig – fortgeführt und zum Abschluss gebracht werden. Die SES hält fest, dass der EKRA-Bericht auf «grosse Wissens- und Forschungslücken» hinweise. Diese Lücken müssten geschlossen werden, bevor am Wellenberg der Bau eines Sondierstollens überhaupt in Betracht gezogen werden könne. Die SES gibt zu bedenken: «Mit einem überstürzten Vorgehen am Wellenberg würde die Atommüll-Politik in festgefahrenen Pfaden stecken bleiben.»

29. Mai 2000: Das Komitee für eine Mitsprache des Nidwaldner Volkes bei Atomanlagen (MNA), die Schweizerische Energie-Stiftung (SES) und Greenpeace fordern von den Behörden ein vertrauensförderndes Vorgehen in der Atommüllfrage. Die von der EKRA skizzierte «kontrollierte geologische Langzeitlagerung» müsse auf den gleichen Planungsstand wie das Endlager-Konzept der Nagra gebracht werden. Erst nach einer breiten fachlichen und gesellschaftlichen Diskussion sei der endgültige Konzeptentscheid zu fällen und die Standortfrage in einem redlichen Verfahren neu aufzurollen. Nur so lasse sich Vertrauen schaffen und die nötige gesellschaftliche Akzeptanz finden. Mit ihrem mittlerweile «angepassten Endlagerkonzept» betreibe die Nagra einen Etikettenschwindel. Ein Gesuch der Genossenschaft Nukleare Entsorgung Wellenberg/Nagra für den Bau eines Sondierstollens würde unter diesen Umständen mit allen Mitteln bekämpft.

Vom Konzept zum Standort

Der erste Schritt zur «Lösung» des Atommüllproblems ist die Begrenzung der Atommüll-Produktion. Erst dann ist das definitive Lagerinventar bekannt. Das standortunabhängige, breit akzeptierte Lagerkonzept bestimmt dann das Lagerdesign. Damit werden die Anforderungen an die Geologie potentieller Lagerstandorte bestimmt. Der nächste Schritt ist ein transparentes und nachvollziehbares Standortauswahlverfahren. Beim Wellenberg lief es verkehrt: Der Standort war auf Grund eines mehr oder weniger willkürlichen Auswahlverfahrens gesetzt, das Lagerkonzept offen und die Begrenzung der Atommüllproduktion überhaupt kein Thema.

SES

SIHQLOJAI 67
 CH-8005 ZÜRICH
 TEL 01 271 54 64
 FAX 01 273 03 69
 C/O SEDE
 RUE DU MIDI 33
 CH-1800 WEVEY
 TEL 021 921 05 15
 COOP BANK ZÜRICH
 PC 80-3230-3

An die Medien

Zürich, den 25. Juni 1995

SCHWEIZERISCHE ENERGIE-STIFTUNG
 FONDATION SUISSE DE L'ENERGIE

SES fordert eine Wende in der Energiepolitik

Die Schweizerische Energie-Stiftung gratuliert dem Nidwaldner Volk für seine Haltung gegen ein Langzeitlager im Wellenberg. Trotz den angebotenen Millionen haben die NidwaldnerInnen weitsichtig entschieden. Das Nein ist eine grosse Chance für eine Energiepolitik, die nicht rückwärtsgerichtet, sondern zukunftsorientiert ist.

zu Hauptkriterien für ein Langzeitlager machen. Zudem muss die Nagra auf den Bundesratsentscheid von 1985 zurückkommen und mögliche Standorte im Mittelland untersuchen. Zusätzlich ist die oberirdische Lagerung bei den AKW als weitere Option zu prüfen.

Die SES warnt schon jetzt vor der Missachtung des Willens des Nidwaldner Volkes. Keinesfalls darf Bundesrat Adolf Ogi seine Drohung wahrnehmen und notfalls mittels Atomgesetzrevision einer Region das Langzeitlager aufzwingen. Der Entscheid der NidwaldnerInnen ist klar und erfordert die sofortige Einstellung der Arbeiten am Wellenberg.

Zum ersten Nein der NidwaldnerInnen: Medienmitteilung der SES vom 25. Juni 1995

Oktober 2000: Die Genossenschaft Nukleare Entsorgung Wellenberg (GNW), der verlängerte Arm der Nagra in Nidwalden, startet eine Kampagne mit ganzseitigen «Informations-Inseraten» in der «Neuen Luzerner Zeitung»: Darin legt die GNW «die Tatsachen auf den Tisch». So zum Beispiel: «Unser Lagerkonzept von 1998 und die Empfehlungen der EKRA decken sich grundsätzlich.»

11. Oktober 2000: Die Umweltorganisationen SES, Greenpeace und WWF halten in einer gemeinsamen Medienmitteilung fest: «Wir schauen nicht tatenlos zu, wie GNW und Nagra versuchen, die NidwaldnerInnen übers Ohr zu hauen.» Der Planungsgleichstand der Lagerkonzepte sei nicht hergestellt. Die Nagra habe den letzten Vertrauenscredit verspielt. Sie müsse aufgelöst und durch eine unabhängige Entsorgungsgesellschaft ersetzt werden.

30. Januar 2001: Die GNW reicht das Gesuch für einen Sondierstollen im Wellenberg ein.

10. Juli 2002: Ein Grossaufgebot von Kantons- und Bundesbehörden will der Nidwaldner Bevölkerung in Stans den Bau eines Sondierstollens schmackhaft machen. Der Direktor des Bundesamtes für Energie, Walter Steinmann, spricht in der BFE-Hauszeitung «vom ersten Schritt zur Realisierung eines Lagers für schwach- und mittelaktive Abfälle.» Die SES hält fest, dass es nicht angehen kann, mit einer halbfertigen Konzeptidee den Standort Wellenberg zu zementieren (vgl. Kasten).

22. September 2002: Die Nidwaldner Bevölkerung lehnt den Sondierstollen mit rund 58 % Nein-Stimmen ab. Die SES hält fest: «Trotz mehrmaligem Nein der Nidwaldner Bevölkerung zu einem Atommülllager im Wellenberg haben das Bundesamt für Energie, die Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen, die Expertengruppe Entsorgungskonzepte und auch der Bundesrat am Standort Wellenberg festgehalten. Die SES hat immer davor gewarnt, alles auf diese Karte zu setzen. Nun ist das Fiasko perfekt. Ein neues Vorgehen in der Entsorgungsfrage ist jetzt zwingend.» □